



# Der Heilige Stuhl

---

APOSTOLISCHE REISE NACH GROSSBRITANNIEN

(16.-19. SEPTEMBER 2010)

**BEGEGNUNG MIT VERTRETERN DER GESELLSCHAFT  
GROSSBRITANNIENS**

***ANSPRACHE VON PAPST BENEDIKT XVI.***

*Westminster Hall - City of Westminster*

*Freitag, 17. September 2010*

(Video)

*Mister Speaker!*

Ich danke Ihnen für den Willkommensgruß im Namen dieser erlesenen Versammlung. Wenn ich mich nun an Sie wende, so bin ich mir des Privilegs bewußt, hier in der *Westminster Hall* eine Ansprache an das britische Volk und seine Vertreter halten zu dürfen. Dieses Gebäude ist von einzigartiger Bedeutung in der gesellschaftlichen und politischen Geschichte des Volkes dieser Inseln. Dabei möchte ich auch meine Wertschätzung für das Parlament zum Ausdruck bringen, das schon seit Jahrhunderten an diesem Ort besteht und das einen großen Einfluß auf die Entwicklung von partizipativen Regierungsformen unter den Nationen ausgeübt hat, insbesondere im Bereich des Commonwealth und den englischsprachigen Ländern insgesamt. Ihre Tradition des *common law* bildet die Grundlage für die Rechtsordnungen in vielen Teilen der Welt, und Ihre Sicht der jeweiligen Rechte und Pflichten des Staates und der einzelnen Bürger sowie der Gewaltenteilung stellt weltweit eine bleibende Inspiration dar.

An diesem historischen Ort denke ich an die unzähligen Männer und Frauen im Lauf der Jahrhunderte, die ihre Rolle bei den bedeutsamen Ereignissen spielten, die in diesen Mauern stattfanden und das Leben vieler Generationen von Briten und auch anderen geprägt haben.

Besonders rufe ich die Gestalt des heiligen Thomas More in Erinnerung, des großen englischen Gelehrten und Staatsmanns, der von Gläubigen wie von Nichtgläubenden wegen seiner Rechtschaffenheit bewundert wird, mit der er seinem Gewissen folgte, selbst um des Preises willen, daß es dem Herrscher mißfiel, dessen „treuer Diener“ er war; denn er wollte an erster Stelle Gott dienen. Das Dilemma, vor dem Thomas More in diesen schwierigen Zeiten stand, diese stets aktuelle Frage nach dem Verhältnis zwischen dem, was dem Kaiser gebührt, und dem, was Gott gebührt, bietet mir die Gelegenheit, mit Ihnen kurz über den der Religion im politischen Leben zukommenden Platz nachzudenken.

Die parlamentarische Tradition dieses Staates verdankt viel dem im Land verbreiteten Sinn für maßvolle Zurückhaltung und dem Wunsch, einen echten Ausgleich zwischen den legitimen Forderungen der Regierung und den Rechten der ihr untergebenen Menschen zu erreichen. Im Lauf der Geschichte wurden einerseits mehrmals entscheidende Maßnahmen zur Beschränkung der Machtausübung ergriffen, andererseits konnten sich die politischen Institutionen des Landes mit bemerkenswerter Stabilität entwickeln. Aus diesem Prozeß ist Großbritannien als eine pluralistische Demokratie hervorgegangen, die großen Wert auf das Recht auf freie Meinungsäußerung und politische Freiheit legt und Respekt für die gesetzlichen Vorschriften zeigt mit einer starken Betonung auf den Rechten und Pflichten des einzelnen und der Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz. Auch wenn sie andere Begriffe verwendet, so hat die kirchliche Soziallehre mit diesem Ansatz viel gemeinsam. Dabei bestimmt sie die Sorge, die einzigartige Würde der als Ebenbild Gottes geschaffenen menschlichen Person zu bewahren und das Augenmerk auf die der staatlichen Autorität zukommende Pflicht der Förderung des Gemeinwohls zu legen.

Und doch begegnen uns die fundamentalen Fragen, um die sich der Prozeß von Thomas More drehte, im Lauf der Zeit auf stets neue Weise in den unterschiedlichen gesellschaftlichen Umständen. Jede Generation muß sich auf der Suche nach dem Fortschritt im Gemeinwohl neu fragen: Welche Verpflichtungen können Regierungen den Bürgern rechtmäßig auferlegen und wie weit erstrecken sich diese? An welche Autorität muß man sich wenden, um moralische Konflikte zu lösen? Diese Fragen bringen uns direkt zu den ethischen Grundlagen des gesellschaftlichen Diskurses. Wenn die den demokratischen Abläufen zugrundeliegenden moralischen Prinzipien ihrerseits auf nichts Soliderem als dem gesellschaftlichen Konsens beruhen, dann wird die Schwäche dieser Abläufe allzu offensichtlich; darin liegt die wahre Herausforderung der Demokratie.

Die jüngste globale Finanzkrise hat nur zu klar gezeigt, daß pragmatische Kurzzeitleösungen für komplexe soziale und ethische Probleme unbrauchbar sind. Es besteht weitgehende Übereinstimmung darüber, daß der Mangel an soliden ethischen Grundlagen für die wirtschaftliche Tätigkeit zu den großen Schwierigkeiten beigetragen hat, unter denen jetzt Millionen von Menschen auf der ganzen Welt zu leiden haben. Genauso wie „jede wirtschaftliche Entscheidung eine moralische Konsequenz hat“ (*Caritas in veritate*, 37), so hat auch im Bereich

der Politik die ethische Dimension der politischen Programme weitreichende Auswirkungen, die keine Regierung ignorieren kann. Ein positives Beispiel dafür ist eine der besonders bemerkenswerten Errungenschaften des britischen Parlaments, nämlich die Abschaffung des Sklavenhandels. Die Kampagne, die zu diesem epochalen Gesetz führte, basierte auf festen ethischen Prinzipien, die im Naturrecht verwurzelt waren, und es hat einen Beitrag zum Fortschritt der Zivilisation geleistet, auf die dieses Land zu Recht stolz sein kann.

Bei all dem geht es um folgende zentrale Frage: Wo finden wir die ethische Grundlage für politische Entscheidungen? Die katholische Lehrtradition sagt, daß die objektiven Normen für rechtes Handeln der Vernunft zugänglich sind, ohne daß dazu ein Rückgriff auf die Inhalte der Offenbarung nötig wäre. Dementsprechend besteht die Rolle der Religion in der politischen Debatte nicht so sehr darin, diese Normen zu liefern, als ob sie von Nichtgläubigen nicht erkannt werden könnten. Noch weniger geht es darum, konkrete politische Lösungen vorzuschlagen, was gänzlich außerhalb der Kompetenz der Religion liegt. Es geht vielmehr darum, auf der Suche nach objektiven moralischen Prinzipien zur Reinigung und zur Erhellung der Vernunftanstrengung beizutragen. Diese „korrigierende“ Rolle der Religion gegenüber der Vernunft ist nicht immer willkommen, unter anderem weil entstellte Formen der Religion wie Sektierertum und Fundamentalismus sich selbst als Ursachen schwerer gesellschaftlicher Probleme erweisen können. Diese Verzerrungen der Religion treten ihrerseits dann auf, wenn der reinigenden und strukturierenden Rolle der Vernunft im Bereich der Religion zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird. Es ist also ein Prozeß in beide Richtungen. Ohne die Korrekturfunktion der Religion kann jedoch auch die Vernunft den Gefahren einer Verzerrung anheimfallen, wenn sie zum Beispiel von Ideologien manipuliert wird oder auf einseitige Weise zur Anwendung kommt, ohne die Würde der menschlichen Person voll zu berücksichtigen. Ein solcher Mißbrauch der Vernunft war es ja auch, der den Sklavenhandel und viele andere gesellschaftliche Übel erst ermöglicht hat, nicht zuletzt die totalitären Ideologien des zwanzigsten Jahrhunderts. Darum würde ich sagen, daß die Welt der Vernunft und die Welt des Glaubens – die Welt der säkularen Rationalität und die Welt religiöser Gläubigkeit – einander brauchen und keine Angst davor haben sollten, zum Wohl unserer Zivilisation in einen tiefen und andauernden Dialog zu treten.

Die Religion ist, anders gesagt, für die Gesetzgeber nicht ein Problem, das gelöst werden muß, sondern ein äußerst wichtiger Gesprächspartner im nationalen Diskurs. In diesem Zusammenhang komme ich nicht umhin, meine Besorgnis zu äußern, daß die Religion und besonders das Christentum in einigen Bereichen zunehmend an den Rand gedrängt werden, auch in Ländern, die großen Wert auf Toleranz legen. Manche sprechen sich dafür aus, die Stimme der Religion zum Schweigen zu bringen oder wenigstens ganz auf die Privatsphäre zu beschränken. Andere behaupten, daß von der öffentlichen Feier von Festen wie Weihnachten abgesehen werden sollte, und begründen es mit der fragwürdigen Annahme, daß solche Bräuche Angehörige anderer Religionen oder Nichtgläubige auf irgendeine Weise verletzen könnten. Schließlich fordern einige – paradoxerweise mit dem Ziel, die Diskriminierung zu bekämpfen –, daß von Christen, die ein öffentliches Amt ausüben, gegebenenfalls verlangt werden sollte, gegen ihr

Gewissen zu handeln. Das sind besorgniserregende Zeichen einer Mißachtung nicht nur der Rechte gläubiger Menschen auf Gewissens- und Religionsfreiheit, sondern auch der legitimen Rolle der Religion im öffentlichen Leben. Ich möchte Sie alle daher einladen, in Ihren Wirkungsbereichen nach Wegen zu suchen, wie der Dialog zwischen Glaube und Vernunft auf allen Ebenen im Leben dieses Landes gefördert und belebt werden kann.

Ihre Bereitschaft dazu zeigt sich bereits in der vorher nie dagewesenen Einladung des heutigen Tages an mich. Es kommt auch in den Anliegen zum Ausdruck, in denen Ihre Regierung mit dem Heiligen Stuhl zusammenarbeitet. Im Bereich der Friedensbemühungen werden Gespräche hinsichtlich der Ausarbeitung internationaler Abkommen zum Waffenhandel geführt; im Bereich der Menschenrechte haben der Heilige Stuhl und Großbritannien die Ausbreitung der Demokratie willkommen geheißen, besonders in den vergangenen 65 Jahren; in der Entwicklungshilfe gibt es Zusammenarbeit im Bereich des Schuldenerlasses, des fairen Handels und der Finanzierung der Entwicklung, insbesondere durch die *International Finance Facility*, den *International Immunization Bond* und das *Advanced Market Commitment*. Der Heilige Stuhl hofft darauf, in der Zukunft mit Großbritannien zum Wohl aller auch neue Wege zur Förderung des Umweltbewußtseins beschreiten zu können.

Ich möchte auch besonders erwähnen, daß die gegenwärtige Regierung die Verpflichtung übernommen hat, daß Großbritannien ab 2013 0,7 Prozent seines nationalen Einkommens für Entwicklungshilfe ausgeben wird. In den vergangenen Jahren war es ermutigend, die positiven Zeichen einer weltweit zunehmenden Solidarität gegenüber den Armen zu sehen. Aber die Umsetzung dieser Solidarität in effektive Maßnahmen erfordert ein neues Denken, das zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen in vielen Bereichen führen kann wie der Nahrungsmittelproduktion, der Trinkwasserversorgung, der Schaffung von Arbeitsplätzen, der Bildung, der Familienförderung, besonders von Migranten, und der grundlegenden Gesundheitsversorgung. Wo es um Menschenleben geht, drängt die Zeit immer: Doch die Welt wurde Zeuge der enormen Mittel, die Regierungen zur Rettung von Finanzinstitutionen aufbringen konnten, von denen man geglaubt hat, sie seien „zu groß zum Scheitern“. Die ganzheitliche Entwicklung der Völker dieser Welt ist gewiß nicht weniger wichtig: Das ist eine Aufgabe, die die Aufmerksamkeit der Welt verdient und die fürwahr „zu groß zum Scheitern“ ist.

Der Überblick über die Zusammenarbeit zwischen Großbritannien und dem Heiligen Stuhl in jüngster Zeit zeigt gut, wie viel Fortschritt seit der Aufnahme bilateraler diplomatischer Beziehungen bei der Förderung der vielen gemeinsamen Grundwerte in der ganzen Welt erzielt werden konnte. Ich hoffe und bete, daß diese Beziehung weiter Frucht bringen wird und daß sie sich auf allen Ebenen der Gesellschaft in einer zunehmenden Anerkennung der Notwendigkeit eines Dialogs und des Respekts zwischen der Welt der Vernunft und der Welt des Glaubens widerspiegeln wird. Ich bin überzeugt, daß auch in diesem Land die Kirche und die staatlichen Autoritäten in vielen Bereichen zum Wohl der Bürger zusammenarbeiten können, in Übereinstimmung mit der historischen Tradition dieses Parlaments, den Beistand des Heiligen

Geistes für jene anzurufen, die sich für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen einsetzen. Damit eine solche Zusammenarbeit möglich wird, bedürfen religiöse Verbände – unter ihnen die mit der katholischen Kirche verbundenen Institutionen – der Freiheit, nach ihren eigenen Prinzipien und spezifischen Überzeugungen zu handeln, die auf dem Glauben und der offiziellen Lehre der Kirche beruhen. Auf diese Weise werden so grundlegende Rechte wie die Religions-, Gewissens und Versammlungsfreiheit gewährleistet. Die Engel, die von der wunderbaren Decke dieses altherwürdigen Saales auf uns herabblicken, erinnern uns an die lange Tradition, aus der sich die britische parlamentarische Demokratie entwickelt hat. Sie erinnern uns daran, daß Gott stets über uns wacht, uns führt und uns schützt. Und sie laden uns ein, den entscheidenden Beitrag anzuerkennen, den der Glaube zum Leben dieses Landes geleistet hat und noch weiter leisten kann.

Mister Speaker, ich danke Ihnen einmal mehr für die Gelegenheit, kurz zu diesem erlesenen Personenkreis zu sprechen. Gerne versichere ich Ihnen und dem Lord Speaker meine besten Wünsche und mein beständiges Gebet für Sie und für die fruchtbare Arbeit beider Häuser dieses altherwürdigen Parlaments. Vielen Dank und Gott segne sie alle!

© Copyright 2010 - Libreria Editrice Vaticana